



**Messurfunden,**  
auch solche  
über **Feldweg-Anlagen,**  
empfiehlt den Herren Geometern zu gef. Ab-  
nahme die  
A. Dellwälder'sche Buchdruckerei.

Es ist ein großer  
**Reise-Koffer**  
ist zu verkaufen; bei wem? sagt die Red.

Calw.  
**Den Ertrag**  
von 3 Viertel Böttelhaber am obern grünen  
Weg mit Aker, dergleichen 1 Viertel bei  
der Schaffscheuer verkauft auf dem Halm  
2)1. S. Keller, Stricker.

**Logis.** Rudolph Kauser hat  
bis Martini sein hin-  
teres Logis zu vermieten.

**3 1/2 Viertel Haber**  
im Hau verkauft auf dem Halm  
Jakob Charrier.

**Gutes Wachholdergefetz**  
ist zu haben bei  
Friedrich Schmälzle  
auf der unteren Brücke.

**Guten Most,**  
das Imt zu 1 fl. 90 kr. die Maas zu  
10 kr., verkauft  
Bäcker Mehl.

**Himbeeren**  
Carl Schramm's Witw.  
oberhalb dem Rbste.

**3 1/2 Morgen Haber**  
am untern grünen Weg verkauft auf dem  
Halm  
S. Biegler, alt Post.

**1 Viertel Haber**  
bei der Schaffscheuer verkauft auf dem Halm  
Wittwe Kempf im Berg.

**Den Ertrag**  
von 3 1/2 Viertel Haber auf der Steinrinne  
verkauft  
Wittwe Gwinner,

**Warnung.**  
(Eingefendet.)

Dem Vernehmen nach wird auch in hiesiger Stadt und Bezirk  
eine Adresse an den König zur Unterschrift herumgetragen, in welcher  
um Anschluß an Preußen gebittet werden soll.

Wer es gut mit Württemberg und seinem Volke  
meint, der wird hiermit gewarnt, diese Adresse zu unterschreiben,  
und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) ist die Bitte um Frieden ganz unnötig, da der Waffenstillstand  
definitiv abgeschlossen ist, und die Friedensverhandlungen dem-  
nächst beginnen werden;
- 2) beträgt die Steuer in Württemberg per Kopf jährlich  
nur 2 1/2 Thaler, in Preußen dagegen 5 Thaler!
- 3) beträgt die Präsenzzeit in Württemberg durchschnittlich ein  
Jahr, in Preußen aber 2 1/2 Jahre;
- 4) beim Anschluß an Preußen bekommen wir norddeutsches  
Militär nach Württemberg, während unsere Landeslinder  
ganz nach dem Willen des Königs von Preußen auf hunderte  
von Meilen weit weg verlegt werden;
- 5) in Württemberg haben die Stände das Recht der Bewilligung  
der Steuern, während in Preußen die Regierung dasselbe nicht  
anerkennt, und ganz nach Gutdünken mit dem Staatseigen-  
thum verfährt. Täusche sich nur Niemand mit dem Köhler-  
glauben, daß das siegreiche Junkerthum jetzt in liberalere  
Bahnen einlenken werde, als vor dem Kriege, oder daß das zu  
berufende deutsche Parlament die preussische Regierung in libe-  
ralere Richtung hineinzwängen werde; hat dieselbe ihre eigenen  
Landstände mit Hohn und Verachtung behandelt, so darf sich  
auch das Parlament, wenn es nicht nach preussischer Junker-  
weise tanzen will, auf keine bessere Behandlung gefaßt machen;
- 6) in Württemberg haben wir Pressfreiheit und Vereinsrecht, in  
Preußen dagegen ist Wort und Schrift in Fesseln gebannt. Ja  
sogar die Abgeordneten müssen sich für ihre Äußerungen in  
der Kammer vom preuß. Obertribunal den Prozeß machen las-  
sen. Das ist preussische Freiheit, die, wenn Bismarck es für  
nötig hält, gewiß auch auf's Parlament ausgedehnt wird.
- 7) Die Behandlung der Stadt Frankfurt zeigt am Deutlichsten,  
was wir bei einem Anschluß an Preußen zu erwarten haben,  
darum hüte sich Jeder, freiwillig seinen Nacken  
unter dieses Joch zu beugen und diese Adresse zu  
unterschreiben!

**Tagesneuigkeiten.**

— Calw, 3. Juli. Heute Vormittag kamen Quartiermacher  
hier an, welche auf heute Nachmittag 128 Oesterreicher als Ein-  
quartierung ansagten, welche soeben, Nachmittags halb 5 Uhr,  
eintrafen, nachdem sie seit Mittag mit großer Spannung erwar-  
tet worden waren.

— Herrenberg, 31. Juli. Gestern Abend 5 1/2 Uhr verfügte  
sich ein Bürger von Breitenholz, welchem dieses Frühjahr eine

Scheuer niederbrannte, mit seinem 20jährigen Sohne in den dor-  
tigen Gemeinewald, um Sand zu graben. Während der Arbeit  
wurden Vater und Sohn plötzlich von Sandschutt begraben. Dem  
Vater gelang es, sich wieder aus dem Sande herauszuarbeiten;  
der Sohn aber hatte sich sein eigen Grab gegraben; er fand in  
der Grube alsbald durch Quetschung seinen Tod. (Schw. N.)

— Der „Staatsanzeiger“ bringt die offizielle Verlustliste der  
K. württ. Felddivision von dem Gefechte bei Tauberbischofs-  
heim am 24. Juli. Darnach sind es: Tödtet: Vom General-  
stab 1 Hauptmann; von der Artillerie 1 Unteroffizier; vom 1.  
Jägerbat. 1 Oberlieutenant, 2 Unteroffiziere (worunter Christian  
Alexander Majer von Althengstett) und 4 Jäger (worun-  
ter Gustav Otto Noller von Oberhaugstett), zus. 7; vom  
3. Jägerbat. 11; vom 1. Inf. Reg. 5; vom 2. Inf. R. 7; vom 3.  
IR. 2; vom 5. IR. 3 Offiziere, 1 Unteroffizier und 17 Solda-  
ten, zus. 21; vom 7. IR. 1; vom 8. IR. 5. Im Ganzen 61  
Mann. Verwundete: Vom 1. Jägerbat. 2 Unteroffiziere  
und 7 Jäger (worunter Christian Gottschalk von Althengstett),  
zus. 9; vom 2. Jägerbat. 2; vom 3. Jägerbat. 6 Offiziere, 9  
Unteroffiziere und 40 Jäger, zus. 55; vom 1. IR. 3 Unterof-  
fiziere und 37 Sold. (worunter Georg Carl Christoph Kübler  
von Liebenzell), zus. 40; vom 2. IR. 2 Offiz., 4 Unteroffiz. und  
18 Sold., zus. 24; vom 3. IR. 2 Offiz., 2 Unteroffiz. und 20 Sold.  
(worunter Christian Stanger von Müllingen), zus. 24; vom  
5. IR. 4 Offiz., 21 Unteroffiziere und 126 Sold., zus. 151; vom  
7. Inf. Reg. 12 Sold.; vom 8. Inf. Reg. 4 Offiziere, 22 Unteroff.  
und 76 Sold., zusammen 102. Im Ganzen 419 Mann. Ver-  
miste: 1. Jägerbat. 11, 3. Jägerbat. 45, 1. Inf. Reg. 6, 2. IR.  
56, 5. IR. 17, 7. IR. 1, 8. IR. 1 Oberlieut. und 22 Sold.,  
zus. 23. Im Ganzen 159. Die Vermissten konnten noch nicht na-  
mentlich aufgeführt werden, da durch nachträgliches Eintreten Ver-  
spengter noch immer Veränderungen eintreten. — Unter den Tod-  
ten sind somit 2, unter den Verwundeten 3 Angehörige unseres  
Bezirks.

— Stuttgart, 2. August. Ihre Maj. die Königin Olga be-  
suchte gestern das für Verwundete eingerichtete Hauptspital So-  
litude, erkundigte sich nach allen zur Linderung der Leiden getrof-  
fenen Vorkehrungen aufs eingehendste, und sprach mit vielen Ver-  
wundeten. Der Besuch Ihrer königlichen Maj. hinterließ den  
freundlichsten Eindruck.

— Stuttgart, 1. Aug. Gestern wurden 72 leicht und 8  
schwer Verwundete auf die Solitude gebracht. In Feuerbach,  
wo sie die Eisenbahn verlassen, wurden sie von Mitgliedern des  
hiesigen Sanitätsvereins mit Erfrischungen versehen. — Soeben  
vernehmen wir, daß der einzige Sohn des Hrn. Staatsministers,  
Fhrn. v. Hügel, der Lieutenant G. v. Hügel, vom 3. Jägerba-  
taillon, seinen bei Tauberbischofsheim erhaltenen Wunden erle-  
gen ist.

— Stuttgart, 2. Aug. Nach einem heute früh hier eingetrof-  
fenen Telegramm ist der Waffenstillstand abgeschlossen, eine bestim mit



Demarkationslinie festgesetzt: Heidelberg, Jaxtfeld, Feuchtwangen; Staats- und Privateigenthum garantiert, die Ansprüche der Truppen vertragsmäßig regulirt.

— Die Demarkationslinie, welche der von heute wahrscheinlich auf 3 Wochen laufende Waffenstillstand, während dessen der Frieden (in Berlin) geschlossen werden soll, festsetzt, macht einen stumpfen Winkel bei Jaxtfeld. Es würden demgemäß Theile von folgenden Oberämtern der preussischen Okkupation ausgesetzt sein: Heilbronn, Neckarsulm, Debringen, Künzelsau, Mergentheim, Gerabronn (Hall?), Crailsheim.

— Stuttgart, 2. Aug. Die heutige Störung im Eisenbahnbetrieb zwischen Mühlacker und Maulbronn, beziehungsweise Bruchsal, welche durch in verspottener Nacht getroffene Vorkehrungen gegen rasches Eindringen des Feindes herbeigeführt worden ist, wird bis heute Morgen wieder beseitigt sein. Sämmtliches Material an Wagen und Maschinen wurde heute Nacht höherer Anordnung zufolge von Hall nach Heilbronn, und von Bruchsal bis Mühlacker zurückgezogen, nach Eintreffen der Nachricht über definitiven Abschluß des Waffenstillstands aber schon heute Vormittag der ordentliche Dienst auf der Kocherbahn wieder eingerichtet. — Der Güterverkehr von und nach Baiern ist sowohl via Nördlingen, als via Ulm Seitens der bayerischen Staatsbahn eingestellt. Die Bahnstrecke Neu-Ulm-Memmingen und die bayerischen Bahnen östlich von Gmzhausen sind ganz außer Betrieb gesetzt.

— Die Neue Frankfurter Zeitung ist gestern (2. Aug.) zum ersten Male unter dem Titel: „Neue deutsche Zeitung“ in Stuttgart ausgegeben worden.

— Stuttgart, 1. August. Man will wissen, daß sämmtliche Gesandte der auswärtigen Mächte beim Bundestag bereits abberufen seien oder es in Kürze werden würden. Schon soll der spanische Gesandte Ausgurg verlassen haben.

— Karlsruhe, 1. Aug. Die „Karlsru. Ztg.“ schreibt offiziell: Die große Regierung hat gestern wichtige politische Entschlüsse gefaßt. Baden hat die Auflösung des Deutschen Bundes konstattirt. — Das Ministerium stellt in seinem Vortrag an den Großherzog den Antrag: zunächst und vorbehaltlich weiterer Schritte zu geruhen, den großh. Bundestagsgesandten aus der bisherigen Bundesversammlung abzuberufen und denselben mit einer entsprechenden Erklärung über diesen Schritt zu beauftragen; ebenso den großh. Bevollmächtigten bei der Bundesmilitärkommission zurückzubehalten. (Dieses letztere ist bereits geschehen, auch sind die im Bundesdienst stehenden Militärs ihrer Funktionen in demselben entbunden und ihnen die provis. Fortführung ihrer Funktionen im großh. Dienst übertragen.)

— Heidelberg, 1. August. Heute Abend sind Preußen eingedrückt.

— Mannheim, 1. August, 11 Uhr Nachts. Soeben Preußeneinmarsch in Mannheim.

— Würzburg, 30. Juli. Gestern Abend zogen 4 Bataillone Preußen mit zwei Batterien und klingendem Spiel ins nahe Städtchen Heidingsfeld, dessen Bürgermeister und reichere Bürger sie Nachts zuvor aus den Betten geholt. Diese hatten zwar sich nicht geweigert, einer Requisition von 800 Flaschen feinen Weins für Offiziere, 30 Eimern Wein für Soldaten, 10,000 importirten und 80,000 gewöhnlichen Cigarren zu entsprechen, ließen aber den Preußen sagen: sie möchten sie abholen. Deshalb werden sie nun heimgesucht. Die Noth ist in manchen benachbarten Dörfern, z. B. Häßberg, furchtbar. Die Bauern bitten schon die Preußen um die Eingeweide der geschlachteten Thiere. Brod gibt es dort keines mehr. Auch hier beginnt Mangel an Lebensmitteln sich fühlbar zu machen. Manche Truppenkörper, namentlich Hessen-Darmstädter sind sehr schlecht verpflegt und genöthigt, förmlich um Brod in den Häusern zu betteln. Bundesstruppen nahmen schon befreundeten Truppen ihre Provianttransporte weg. Hunger thut weh. Deshalb, da man das Verfehlte unserer ganzen Kriegsführung einseht, wünscht man Frieden. In den letzten Kämpfen wären große Erfolge erzielt worden, wenn die Bundesstruppen (namentlich die Württemberger (mit den Baiern cooperirt hätten. Nach der „Bair. Ztg.“ waren sie dazu beordert; fragt man aber die Württemberger selbst, so behaupten alle: vom Höchstkommandirenden der Bundesarmee keinen Befehl zum Vorrücken erhalten zu haben. So blieben die 40,000 Preußen, denn

mehr sind es sicher nicht, den 100,000 Baiern und andern Süddeutschen gegenüber, trotz „brillanter Gefechtsmomente“, so ziemlich Herren der Lage.

— Würzburg, 1. August. Neue Würzb. Ztg. (Amtlich.) Convention des Prinzen Carl mit v. Manteuffel. Preußen rücken Donnerstag früh 8 Uhr eine Brigade stark ein. Die Stadt wird als offen betrachtet, keine Contribution erhoben. Verpflegung gegen billige Entschädigung geleistet. Festung und Vorstadt bleiben von Baiern besetzt.

— München, 1. Aug. Nach Nachrichten aus Regensburg sind preussische Truppen nicht mehr nach Waltsassen gekommen; in Eger haben sie selbst den Waffenstillstand verkündet. In der ganzen Oberpfalz befindet sich kein feindlicher Soldat. Die hier umlaufenden Gerüchte über eine Bedrohung Regensburgs oder über den Einmarsch preussischer Truppen daselbst sind daher vollkommen unbegründet. Dagegen sind preussische Truppen gestern Nachmittags 4 Uhr in Nürnberg und Abends 10 Uhr in Fürth eingerückt. Ihre Vorposten sind bis Reichelsdorf (zwei Stunden von Nürnberg auf der Straße nach Schwabach) vorgegangen, haben sich jedoch dann seitwärts gewandt.

— München, 30. Juli. Die Andeutung einer Wiener Correspondenz: Preußen verlange von Baiern die Abtretung einer Parcellen seines Gebiets an Hessen Darmstadt, stimmt mit dem überein, was man hier in sonst gut unterrichteten Kreisen schon am Samstag Abend mit Bestimmtheit wissen wollte, daß nämlich Baiern ein Territorium mit 100,000 Seelen an das Großherzogthum Hessen abtreten würde, welches dieses Gebiet für ein anderes, das es an Preußen zu überlassen hätte, als Entschädigung erhalten soll. Ob hiesfür Baiern eine und welche Entschädigung zu Theil werden soll, scheint sich noch nicht mit Gewißheit sagen zu lassen. Jedenfalls wäre dieser Verlust noch ein sehr erträgliches blaues Auge für die famose „Führung der Mittelstaaten.“

— Berlin, 1. Aug. Amtliche Nachricht aus Frankfurt: Die Nachricht der „Independance“ und anderer Blätter über angeblichen Verlust von 16 preussischen Kanonen bei Würzburg sei falsch. In München habe man absichtlich falsche Nachrichten geschmiedet.

— Berlin, 27. Juli. Wie die „Prov. Korresp.“ schreibt, geht die preussische Regierung mit den Vorbereitungen zu Einberufung eines Parlaments lebhaft vor. Abgesehen von Preußen und von den gegenwärtig unter preussischer Verwaltung stehenden norddeutschen Staaten ist die Aufforderung zur Vorbereitung der Wahlen zum Parlament an folgende Staaten ergangen: an Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Sondershausen, und Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß J. L. (Gera), Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck. Dem preussischen Landtag wird ein Wahlgesetz für das deutsche Parlament auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorgelegt werden. Inzwischen werden vorläufig Vorbereitungen für die Feststellung der Wahlbezirke getroffen. Wie schon früher erwähnt, soll in Wahlbezirken von je 100,000 Seelen je ein Abgeordneter gewählt werden, für einen Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen ist ein besonderer Wahlkreis zu bilden, ein geringerer Ueberschuß aber unter andere Wahlkreise zu vertheilen. Nach Maßgabe der Volkszählung vom 3. Dez. 1865 wird sich die Gesamtzahl der 380 Parlamentssitze folgendermaßen vertheilen: Preußen 193, Sachsen 23, Hannover 19, Schleswig-Holstein 10, Kurhessen 7, Mecklenburg 7, Nassau 5, Oldenburg 3, Braunschweig 3, Weimar 3, Koburg-Gotha 2, Meiningen, Anhalt, Schwarzburg, Lippe und Hamburg je 2, Bremen, Lübeck, Frankfurt, Altenburg, Reuß und Waldeck je 1, macht zusammen 291; die süddeutschen Sitze würden sich bei etwaiger Theilnahme so vertheilen: Baiern 48, Württemberg 18, Baden 14 und Hessen-Darmstadt 9.

— Constitutionelle Regierung. Die Kreuzzeitung sagt, es herrsche in manchen Kreisen die Furcht, die Regierung möchte in liberale Bahnen einlenken. Sie glaubt aber in der Lage zu sein, diese Besorgnisse zerstreuen zu können. Sei schon 1848 den damaligen Staatsmännern nach dem Nieder schlagen der Revolution mit Recht ein schöner Vorwurf daraus gemacht worden, daß



sie sich den Siegespreis hätte entgehen lassen, „wie viel schwerer wäre aber der Vorwurf wiegen — denn wie viel stärker steht heute die Regierung da! — wenn jetzt, nachdem gleich den äußeren Feinden die inneren niedergeworfen sind, dem machtlosen Parlamentarismus Rechte der königlichen Souveränität zum Opfer gebracht werden sollten?! — Kann man nur entfernt daran denken, daß dasjenige Ministerium, welches Jahrelang unter den schwierigsten Verhältnissen im Einklang mit dem wahren Sinne (?) der Verfassung die königlichen Rechte gegen eine feindliche Partei mutig und entschlossen verteidigt hat, unter dessen Verwaltung trotz der Widersprüche jener Partei, trotz verweigerter Geldmittel zwei Kriege glänzend geführt sind und Preußen sich eine Stellung erkämpft hat, wie vielleicht noch nie zuvor — kann man daran denken, daß dieses Ministerium königliche Rechte dem Parlamentarismus preisgeben und ohne feste und zuverlässige Garantien auf das allgemeine Wahlrecht bauen werde? Es ist dies, nach unserem Dafürhalten, ebenso undenkbar, als wenn die Grafschaft Slav dem besiegten Oesterreich abgetreten werden sollte.“

— Köln, 30. Juli. Der Abgeordnete von Köln, Klassen-Kapellmann, ladet auf morgen zu einer Bürgerversammlung ein, um eine Eingabe zu Gunsten der schwer bedrängten mit ihrem Ruin bedrohten freien Stadt Frankfurt a. M. zu berathen und die Bundesreform zu besprechen.

— Stettin, 30. Juli. Ein preussischer höherer Beamter ist bei dem Kurfürsten von Hessen eingetroffen und hat demselben angekündigt, daß ihm das kurhessische Gebiet ausgenommen, die Wahl seines Aufenthalts nunmehr freistehet. Derselbe wird vorläufig nach Rügen reisen.

— Wien, 1. August. Der König von Preußen ist gestern aus Nikolsburg abgereist. Friedensverhandlungen, welche österreichischerseits Baron von Brenner, preussischerseits Werther führen, werden nächstens in Prag eröffnet.

— Nikolsburg, 28. Juli. Der Waffenstillstand als solcher hat erst am 2. August beginnen können, weil zu der am 26. Juli Abends unterzeichneten Vereinbarung über denselben die Zustimmung Italiens erforderlich war. Durch Verlängerung der Waffenruhe bis dahin wurde der Waffenstillstand anticipirt.

— Wien, 1. August. Die Waffenruhe mit Italien wird um 8 Tage verlängert, um innerhalb dieser Zeitfrist Waffenstillstandsabschluß zu ermöglichen.

— Wien, 29. Juli. In dem 9 Artikel umfassenden Entwurf der österreichisch-preussischen Friedenspräliminarien, welche Graf Karolyi, der sich mit dem König nach Berlin begibt, bereits unterzeichnet nach Nikolsburg überbrachte, ist den einzelnen Mittelstaaten keine namentliche Erwähnung gethan, — ein Beweis, daß man die Frage der künftigen Organisation des norddeutschen Bundes offen lassen will; nur der Ausschluß Oesterreichs ist definitiv stipulirt. — In unsern offiziellen Blättern, welche noch vor wenigen Tagen das Verbleiben Oesterreichs bei Deutschland als die unerläßliche Bedingung der Machtstellung Oesterreichs proklamirten, beweisen heute bereits dieselben Federn mit gewohnter Wetterfahnenatur, daß der Ausschluß Oesterreichs diesem keinen Nachtheil bringe, und die Stellung im Bunde für Oesterreich niemals von Vortheil war. — Ueber die Kriegsschädigung ersahre ich, daß sie 40 Millionen beträgt, von welchen jedoch 15 Millionen als Entschädigung für den schleswig-holsteinischen Besitz Oesterreichs in Abzug gebracht werden. Zwanzig Millionen sind baar zu erlegen, während der Rest von fünf Millionen für die Erhaltung der preussischen Armee auf unserem Gebiet entfällt. Der definitive Friede, glaubt man, werde schon in 8 bis 14 Tagen geschlossen, und gleichzeitig Böhmen und Mähren von den Preußen geräumt werden. — Unter den nachträglich in kriegsgerichtliche Untersuchungen gezogenen höheren Offizieren soll sich auch der hier bereits eingetroffene Feldzeugmeister Benedek befinden. — Das plötzliche Auslaufen der französischen Flotte von Toulon bringt man mit den militärischen Bewegungen in den Donaufürstenthümern in Verbindung, und allgemein herrscht die Besorgniß, daß jetzt die orientalische Frage zum offenen Ausbruch gelangen dem deutschen Krieg der orientalische folgen werde. (Allg. Z.)

**D t h m a r.**

Eine Criminalgeschichte, erzählt von Heinrich Heindler.

(Fortsetzung.)

Franz Bottmann, der zweite Gefangenwärter, nunmehr vorgerufen, sagte auf seinen Dienstleid gerade so aus, wie die übrigen. Er war am Morgen des vorbegehenden Tages bei der Revision und sah den Gefangenen schlafend in seinem Bette liegen.

Staatsanwalt: „Wer besorgte die Reinigung der Kleider des Angeeschuldigten?“

Zeuge: „Das war mein Geschäft, doch hatte ich nicht viel dabei zu thun.“

Staatsanwalt: „Haben Sie gestern früh die Kleider gereinigt?“

Zeuge: „Herr von M. hatte sich gleich nach seiner Ankunft einen Schlafrock und Pantoffeln kommen lassen, die er beständig an hatte. In voriger Woche ließ er die Kleider, welche er zuerst, als er kam, trug, mit Genehmigung des Untersuchungsrichters gegen die zu vertauschen, welche er heute angezogen hat. Nachdem der Herr Verwalter sie untersucht hatte, reinigte ich sie, und dann wurden sie aufgehoben und erst heute früh dem Herrn gegeben, welcher also in den letzten 8 Tagen etwa nur den Schlafrock und die Pantoffeln in seiner Stube hatte.“

Präsident zu dem Staatsanwälte: „Bestehen Sie noch auf dem Antrage, den heutigen Termin auszusetzen?“

Staatsanwalt: „Allerdings, — es erübrigt noch, die Tochter Marie des Verwalters über diese Verhältnisse zu vernehmen.“

Präsident: „Da die vier zuletzt vernommenen Zeugen übereinstimmend aussagen, diese Person sei schon einige Zeit bettlägerig krank, so dürfte ihre Vernehmung um so mehr überflüssig erscheinen, als es doch wohl keines weiteren Beweises bedarf, daß der Angeklagte wohl verwahrt war.“

Staatsanwalt: „Entweder die Zeugen, welche die Anwesenheit des Angeklagten in L. in der Nacht von vorgestern auf gestern beschworen haben, oder die zu letzt vernommenen Zeugen, welche seine Anwesenheit in dem Arresthause in gleich feierlicher Weise behaupten, müssen sich geirrt, — sie müssen nothwendig falsches Zeugniß abgelegt haben. Es scheint somit unbedingt nothwendig, daß mit äußerster Vorsicht verfahren und nicht das Geringste versäumt wird, was Licht in diese sonderbar sich gestaltende Sache zu bringen im Stande ist. Jedenfalls muß ich den Antrag stellen, die Kranke durch den Kreisarzt untersuchen zu lassen.“

Präsident: „Was hat der Herr Verteidiger dazu zu sagen.“

Verteidiger: „Nach Ansicht dieses Zeugnisses dürfte der Antrag wohl als erledigt zurückgezogen werden, oder doch wegfallen.“

Zugleich überreicht er dem Präsidenten ein Papier. Es ist ein Zeugniß des Gerichtsarztes, daß er Marie, die Tochter des Arresthausverwalters Braunel, seit einigen Wochen an einer starken Lähmung der untern Extremitäten behandle, und daß dieselbe, weil sie ihre Füße nicht gebrauchen könne, seitdem er sie in Behandlung genommen habe, fortwährend, wie sich auch von selbst verstehe, zu Bette liege.

Der Präsident verliest das Zeugniß und reicht es dann dem Staatsanwälte, der es nach genauer Ansicht zurückgibt und dann sagte:

Der Herr Verteidiger hat sich in allen Stücken gut vorgelesen, — lautes Anerkenntniß kann ich ihm nicht versagen, — aber eben diese Thatsache gibt mir die Ueberzeugung, daß er ein besonderes Gewicht darauf legt, es im Ungewissen zu lassen, ob der Angeeschuldigte in der erwähnten Nacht hier in dem Arresthause in L. oder auf der Kirchweibe war. Es wird schwerlich Jemanden von uns klar sein, wie diese Thatsachen den vorliegenden vollständig erhärteten Beschuldigungen gegenüber zu einer Verteidigung oder gar Exculpation benutzt werden sollen, — aber gerade diese Ungewißheit ist mir dringendste Veranlassung darauf zu beharren, daß mit der weiteren Verhandlung eingehalten und die ganze Sache an den Untersuchungsrichter zurückverwiesen wird, um durch weitere Zeugenvernehmungen die vorhandenen Widersprüche aufzuklären.“ (Fortf. folgt.)